

Thomas Coelen

## „Arm, erziehungsunfähig und bildungsfeindlich“?

### Essay über gesellschaftliche und politische Bedingungen von ambulanten Erziehungshilfen

Wenn man Akten von Jugendämtern auswertet, so lassen sich die häufigsten Gründe für Erziehungshilfen herausarbeiten:

1. Verhaltensauffälligkeiten und Erziehungsschwierigkeiten, also Schwierigkeiten von einzelnen Subjekten
2. Wohnverhältnisse und Armut/Schulden, also Probleme durch gesellschaftliche Strukturen

Vor allem für Alleinerziehende, die unter der Klientel von Erziehungshilfen zahlreich sind, spielen materielle Probleme eine große Rolle; auch insgesamt sind arme Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe überrepräsentiert. Zur Verbesserung solcher Lebenslagen gibt es Sozialpolitik; sie sichert vor allem:

- ein Existenzminimum (und zusätzliche Verdienstmöglichkeiten)
- günstige Wohnungen (insbesondere für kinderreiche Familien)
- eine soziale Infrastruktur (aus Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Ärzten, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten etc.)

Ohne eine solche (ggf. offensive) Sozialpolitik, wäre keine effektive Kinder- und Jugendhilfe möglich. Das kann man an einem - eher unspektakulären - Beispiel konkretisieren:

#### Fallbeispiel

Eine Frau und Mutter von zwei Kindern, 9 und 10 Jahre alt, wird von ihrem Mann nach 14 Ehejahren verlassen. Sie bezieht Sozialhilfe, nimmt einige Kleinjobs an, fängt an zu trinken, hat wechselnde Partner. Das jüngere Kind reagiert mit zahlreichen Krankheiten, der Ältere hat zunehmend Schulprobleme, es kommt immer öfter zu körperlichen Auseinandersetzungen. Auf Meldung der Nachbarn kommt eine Mitarbeiterin des Jugendamtes zu Besuch. Die praktische Frage lautet nun, was passiert danach: Erziehungsberatung, Beistandtschaft, Soziale Gruppenarbeit, Sozialpädagogische Familienhilfe?

Im vorliegenden Essay steht aber die folgende Frage im Vordergrund: Liegt die beschriebene und vergleichbare Lebenssituationen mehr an den Erziehungsschwierigkeiten der Mutter (also am Subjekt)

oder eher an den Einschränkungen der Lebenslage (also an der Struktur)? Bevor diese Leitfrage nach der Gewichtung zwischen subjektiven und strukturellen Gründen für ambulante Erziehungshilfen erörtert wird, zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Fallzahlen in den letzten Jahren.

#### Zahlen

Bis zur Einführung der so genannten Hartz-Gesetze stiegen die Ausgaben für Sozialhilfe in den 14 Jahren zwischen 1991 und 2005 von 18 auf 22 Milliarden € (also + 4); im selben Zeitraum stiegen die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe deutlich stärker, nämlich von 11 auf 19 Milliarden € (also + 8).

Zurzeit nutzen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe rund 400.000 Menschen die Hilfen zur Erziehung, je zur Hälfte die ambulanten und die stationären Leistungen. Anders ausgedrückt: ca. 3-4% aller Familien in Deutschland suchen Erziehungshilfe, jeweils ca. 1% wird ambulant oder stationär geholfen.

Für Erziehungshilfen wird ungefähr halb so viel ausgegeben, wie für den Lei-

stungsbereich der Kindertagesbetreuung und ca. viermal so viel, wie für die Jugendarbeit. Die ungefähr 51.000 rechnerischen Vollzeitstellen der Erziehungshilfen arbeiten zu 2/3 an familienersetzenden Leistungen und ca. 1/4 in familienunterstützenden oder -ergänzenden Angeboten.

#### Subjekt und Struktur

Die oben genannte Leitfrage dieses Beitrages - Liegen Lebenssituationen von Nutzern der ambulanten Erziehungshilfen eher an den Personen oder eher an den Lebenslagen? - provoziert eine Denkbewegung, die zwischen Subjekt und Struktur hin- und herpendelt. Das erscheint mir wichtig, weil in der Sozialpädagogik immer wieder Tendenzen zu beobachten sind, entweder zu psychologisieren oder zu politisieren. Dem entgegen wird hier die Auffassung vertreten, dass die Professionalität der (Sozial-) Pädagogik darin besteht, sowohl das Subjekt nicht zu überschätzen, als auch nicht alles auf Gesellschaft und Politik zu schieben. Der dazu erforderliche Pendelblick schaut zunächst auf das Verhältnis zwischen Familie und Jugendhilfe (1), dann auf Armut und Exklusion (2) und schließlich auf Sozialstaat und Gerechtigkeit (3).

#### 1. Familie und Jugendhilfe

Familien haben - gemäß Grundgesetz - ein Erziehungsrecht sowie eine Erziehungspflicht; über beides wacht der Staat (Wächteramt), zudem unterstützt er die Familien in ihren Erziehungsleistungen.

#### Strukturelle Unterstützung:

##### Transfergelder und Infrastrukturen

In modernen Wohlfahrtsstaaten werden Familien aus zwei Gründen staatlich unterstützt: aufgrund der Anerkennung sowohl ihrer Leistungen als auch ihrer Bedrohtheit. Denn zwischen Familien

(Privathaushalten) und modernen, vor allem über Arbeitsmärkte funktionierenden Gesellschaften besteht eine strukturelle Unverträglichkeit (die nicht zuletzt die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter manifestiert). In solchen Gesellschaften soll die Familie als ‚natürlich berechtigt‘ erhalten bleiben, gleichzeitig sollen aber die individuellen Freiheitsrechte gewahrt werden (dennoch existiert für Minderjährige kein einklagbares Individualrecht auf Kinder- und Jugendhilfe, auch für Eltern besteht ein Anspruch auf Erziehungshilfen nur dem Grunde nach und nicht in Bezug auf spezifische Leistungen). Die Familie kann sich diesem sozialstaatlichen ‚Auftrag‘ nur durch eines entziehen: den Nachweis ihrer Erziehungsunfähigkeit.

Die Familien tragen die größte Erziehungslast selber, nur ca. 20-25 % werden durch den ‚Familienlastenausgleich‘ abgedeckt (z. B. Kinder- und Erziehungsgeld, Steuerfreibeträge, Ausbildungsförderung etc.), der zudem allein auf die häusliche (meist mütterliche) Erziehung ausgerichtet ist und somit Erwerbsausfallzeiten mit sich bringt. Deshalb besteht die verbreitete Erwartung, dass eine gewisse soziale Infrastruktur bereitgestellt wird (siehe oben).

Jedoch: Familien mit einem hohen Armutsrisiko erhalten - relativ gesehen - weniger Lastenausgleich (z. B. in Form von Erziehungsgeld) und können auch die Infrastruktur weniger nutzen. Für sie bleibt ein engerer Spielraum für ein befriedigendes Familienleben und ein erhöhtes Risiko für psychosoziale Konflikte. Hier kommen die ambulanten Erziehungshilfen ins Spiel: Die Zahl ihrer Nutzer/innen hat sich in den zehn Jahren von 1991 bis 2001 mehr als verdoppelt: von 8 auf 19 je 10.000 aller 0-27jährigen. Allein für 2002 betragen die Zahlen der neu begonnenen ambulanten Erziehungshilfen: 34.000 Familien mit 80.000 Kindern, davon 11.200 Erziehungsbeistandschaften (7 % aller

Erziehungshilfen, mit steigender Tendenz), 16.800 Familienhilfen (14 %, mit einem Anstieg vor allem bei Alleinerziehenden). Während 1991 insgesamt 14 von 10.000 Familien mit Kindern Erziehungshilfen in Anspruch nahmen, waren es zehn Jahre später bereits 37.

#### Subjektive Belastung: Trennungen und Scheidungen

Nach diesem ersten Blick auf strukturelle Unterstützungen pendelt der Blick auf die Seite der Subjekte: Er fällt auf Trennungen, die zu den schwersten familiären Belastungen zählen. Mittlerweile kann in modernen Gesellschaften von einer Scheidungsspirale gesprochen werden: Trennungen werden zu sich-selbsterfüllenden Prophezeiungen, gerade weil sie immer zahlreicher werden; das Scheitern von Ehen ist kulturell institutionalisiert. Trennung wird mehr und mehr als realistische Konfliktlösung erlebt und bei eigenen Schwierigkeiten reinszeniert (Scheidungstransmission). Eine Ehe ist mehr denn je eine bewusste Wahlentscheidung, die deshalb einem hohen Begründungsdruck unterliegt, was wiederum ein Scheitern wahrscheinlicher macht.

15-18 % aller Minderjährigen in Deutschland leben in Einelter(n)familien; in den letzten 30 Jahren hat sich ihr Anteil mehr als verdoppelt. Jedoch bedeutet alleinerziehend nicht automatisch alleinstehend, denn ein Drittel aller Alleinerziehenden leben in neuen Partnerschaften (ein Viertel lebt eheähnlich im selben Haushalt), wengleich die neuen Partner selten die Stiefelternrolle übernehmen. Zwar unterliegen insgesamt alle Privatformen einem starken Wandel, aber in den unteren Einkommensgruppen sind häufiger belastete und benachteiligte Formen anzutreffen. So sind Alleinerziehende selten zufrieden mit ihrer Situation, sie neigen zu negativen Selbstwahrnehmungen. 60 % der alleinerziehenden Mütter sind berufstätig.

tig, und damit häufiger als verheiratete, und zwar überwiegend in den unteren Einkommensgruppen und/oder befristet. Aufseiten der Kinder führen die Konflikte der Eltern in Vor-Trennungsphasen zu Stimmungsschwankungen; der elterliche Erziehungsstil ändert sich; die psychosozialen Belastungen nehmen insgesamt zu. Nach einer Trennung kommt es häufig zu Konflikten um das Sorgerecht und den Unterhalt; schwierig zu organisierende Kinderbetreuungen und schlechte Erwerbschancen treten belastend hinzu: Das führt dazu, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden bei 35,4 % liegt (der Durchschnitt in Deutschland ist 13,5 %; vgl. weiter unten).

Die Hauptursache für Belastungen des Familien- und Erziehungsklimas liegt in der Diskrepanz zwischen den starken Beanspruchungen der Mütter bei gleichzeitig gesteigertem Unterstützungsbedürfnis der Kinder - mit dem Effekt, dass Eltern in Trennungsphasen sich selbst eher als autoritär und ihre Kinder eher als abweichend empfinden. Die Folgen sind Verunsicherungen, Ängste, psychische und Verhaltensauffälligkeiten, Schulprobleme, Beziehungskonflikte. Zudem geben unter 10jährige Kinder sich oft die Schuld an der Trennung der Eltern. Gleichwohl bergen Trennungen auch Entwicklungschancen; sind bzw. können entlastende Auswege sein.

Die psychosozialen Folgen für 3-10jährige Kinder sind nach Einschätzung der Eltern vor allem emotionale und Verhaltensprobleme, Hyperaktivität und Peer-Probleme. In Zweielternfamilien sehen vergleichbare Schwierigkeiten 8 % der Befragten in Bezug auf Jungen, bei Mädchen 4 %. Hingegen in Einelternfamilien: Schwierigkeiten von Jungen 19%, bei Mädchen 13%. Emotionen wie sich-alleine-fühlen sind besonders stark bei Mädchen ausgeprägt; sich-in-seiner-Hautwohlfühlen ist besonders stark bei

Jungen eingeschränkt. Eingeschränkt bei Kindern in Trennungsphasen sind außerdem sich-gut-mit-Eltern-verstehen, sich-gut-mit-Freunden-verstehen, und Probleme mit Kita- bzw. Schulaufgaben werden zahlreicher. Deutlich mehr Kinder aus Einelternfamilien machen höchstens einmal in der Woche Sport; Übergewicht liegt bei Kindern aus Einelternfamilien signifikant häufiger vor.

## 2. Armut und Exklusion

Mittlerweile recht verbreitet ist die bedenkliche Annahme, dass Sozialleistungen abhängig machen und erst genau das Problem schaffen würden, das sie eigentlich lösen sollten. Dieser neoliberalen Position wird im Folgenden mit einem zweiten Pendelblick auf Struktur und Subjekt widersprochen (speziell zu Hartz-IV siehe auch die taz vom 26.01.10).

### Sozialstruktur:

#### Armutsentwicklung und -risiko

Das Armutsrisiko für ein Kind aus einer Einelter(n)familie ist elfmal höher als für ein Kind, das in einer Zweielternfamilie aufwächst. Insgesamt ist das Armutsrisiko umso höher, je jünger die Kinder sind; unter-15Jährige haben sogar die höchste Risikoquote von allen Altersgruppen in Deutschland. Auch Frauen haben (insbesondere zwischen 18 und 40 Jahren) ein höheres Armutsrisiko als der Durchschnitt.

Gerechnet wird seit einigen Jahren mit der Armutsrisikoquote der EU: Das ist derjenige Bevölkerungsanteil, der in Haushalten lebt, deren Nettoeinkommen weniger als 60 % des Mittelwertes aller Personen im jeweiligen Mitgliedsstaat beträgt, konkret und aktuell in Deutschland 938 €. Da aber nicht alle Menschen Singles sind, werden beim Nettoäquivalenzeinkommen die Personen eines Haushalts gewichtet: Der Haupteinkommensbezieher mit 1, jede weitere Person

von 14 Jahren und älter mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3. Das lässt sich am oben beschriebenen Fallbeispiel konkretisieren: Das vorhandene Nettoeinkommen des genannten Haushalts mit einem Erwachsenen (der Mutter) und zwei Kindern unter 14 Jahren ist mit  $1 \times 1,0 + 2 \times 0,3 = 1,6$  zu gewichten. Ein solcher Haushalt würde somit nach EU-Definition als arm gelten, wenn das Nettoeinkommen weniger als  $1,6 \times 938 \text{ €} = 1.501 \text{ €}$  betragen würde - Alleinerziehende (Mütter) haben im Durchschnitt 1.780 € (siehe unten), d.h. das Einkommen vieler dürfte unterhalb der Armutsrisikogrenze liegen. Allerdings weist Deutschland unter allen EU-Ländern eine der geringsten Armutsrisikoquoten auf, und es gibt hierzulande einige Beispiele für positive Veränderungen:

- gesunkene Einkommensarmut der Älteren
- relativ niedrige und verminderte Jugendarbeitslosigkeit
- verbesserte Versorgung mit Wohnraum
- starker Rückgang der Wohnungslosigkeit
- gestiegene Vollförderungsquote von Studierenden

Trotzdem kann die Gesamtbilanz nicht als erfolgreich bezeichnet werden - im Gegenteil: In Deutschland sind soziale Ungleichheit und Armutsrisiken gewachsen, die Kluft zwischen Armut und Reichtum ist tiefer geworden, die Risikoquote ist in wenigen Jahren um mehr als 2 % gestiegen. Wenn man mehr wissen will, als punktuelle Prozentzahlen aussagen können, dann hilft einem die so genannte 'dynamische Armutsforschung' weiter. Ihre wichtigsten Ergebnisse sind:

- Der größte Teil der Bezieher von Transferleistungen nutzt sie nur vorübergehend (die Hälfte kürzer als ein Jahr).

- Länger im Bezug bleiben vor allem Menschen ohne Berufsabschluss, Alleinerziehende, kinderreiche Familien.
- Das heißt aber auch umgekehrt: Sehr viele Menschen sind irgendwann einmal im Lebensverlauf auf Transferleistungen angewiesen.

Einige weitere Zahlen aus dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verdeutlichen vor allem die prekäre Situation vieler Familien: Paare ohne Kinder haben durchschnittlich 3.120€ Haushaltsnettoeinkommen, Alleinerziehende für sich und ihr(e) Kind(er) haben aber im Durchschnitt nur 1.780 €. 13 % aller Paare ohne Kinder lebten 2003 unter der Armutsgrenze, während - wie weiter oben bereits gesagt - über ein Drittel (35 %) aller Einelternfamilien laut EU-Berechnung als arm zu bezeichnen ist. Insbesondere die Situation von Kindern ist schwierig: Mehr als doppelt so viele Minderjährige als Erwachsene waren Sozialhilfeempfänger (7,2 zu 3,1 %). Nach Privatformen aufgeschlüsselt waren auf Sozialhilfe angewiesen:

- 4 % aller Alleinlebenden und 1 % aller Paare ohne Kinder,
- aber 2,3 % aller Paare mit Kindern und 24 % der Alleinerziehenden

Soziale Ungleichheit wird besonders deutlich, wenn man sich die durchschnittliche Mietbelastung - bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen - anschaut: Alle Haushalte in Mietwohnungen haben 2002 im Durchschnitt 23 % ihres Geldes für die Miete ausgegeben, hingegen mussten einkommensschwache Haushalte (auch mit Wohngeld) 26-28 % ihres - geringeren - Geldes fürs Wohnen aufwenden. Nun wird vielfach argumentiert, dass der Blick auf Einkommensarmut zu einseitig sei, und dabei wird auf das Thema Bildung verwiesen: Bildungsanstrengungen seien der Ausweg aus einkommensschwachen Lebenslagen, so

heißt es. Allerdings ist zwar das Armutsrisiko für Menschen mit niedrigem Bildungs- oder Ausbildungsstatus besonders hoch. Umgekehrt sind aber auch bei einem niedrigen sozialen Status die Chancen besonders gering, ein höheres Bildungsniveau zu erlangen: Der Zugang zu höherwertigen Schul-, Ausbildungs- und Berufsabschlüssen wie auch der Zugang zum Studium wird nach wie vor durch Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern bestimmt. Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit einem hohen sozialen Status, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, sind rund 2,7-mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist sogar 7,4-fach größer als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozialen Status (hinzu kommt ein weiterer Ungleichheitsfaktor: Innerhalb der wachsenden 'Generation der Erben' erhalten Menschen mit Hauptschulabschlüssen am wenigsten). Insgesamt wirkt nach wie vor die Armutsspirale aus Mangelenerfahrungen und sozialem Rückzug, Bezug von Sozialleistungen, Bildungseinschränkungen, Schulmisserfolgen und Ausbildungslosigkeit, früher Elternschaft und erneuten Mangelenerfahrungen etc.

### Exklusion:

#### Subjektive Folgen von Armut

Die starre Statik der Statistik vermittelt nur einen ungenauen Blick auf die subjektiven Lebensplanungen: Sozialhilfe wird nicht selten als Überbrückung genutzt, von Alleinerziehenden z.T. auch bewusst, um sich den Kindern zu widmen. Problematischer sind die 'missglückten Überbrücker' und die 'resignierte Langzeitbezieher': Diese beiden Gruppen haben mit psychischen Krisen und sozialer Isolation zu kämpfen, Scham, Hoffnungslosigkeit und auch Ernährungseinschränkungen sind verbreitet.

Bei zusätzlicher Arbeitslosigkeit kommen eine unsichere Zukunft, Gefühle von Überflüssigkeit, Ohnmacht und Ausgrenzung (Exklusion) hinzu. Jedoch herrscht, abgesehen von den beiden genannten Gruppen, eine hohe Fluktuation am Rande unserer Gesellschaft, deshalb entsteht auch kaum eine Subkultur der Armut. Und die Alltagsannahme, dass arme Menschen arbeitsscheu seien, lässt sich empirisch nicht bestätigen, denn in der Mehrheit der einkommensarmen Haushalte ist mindestens eine Person erwerbstätig, mehr als ein Drittel lebt sogar ausschließlich vom Arbeitslohn - man spricht hier von den 'working poor'.

Armut hat Auswirkungen auf die Gesundheit: Bei 12-16Jährigen mit Sozialhilfe sind die Risiken, mit dem Leben unzufrieden zu sein, sich als Außenseiter zu fühlen, von Mitschülern abgelehnt zu werden etc. doppelt so hoch wie bei Gleichaltrigen ohne Transferbezüge. Auch Einsamkeit, Hilflosigkeit und weniger Selbstbewusstsein treten häufiger auf. 11-15Jährige klagen häufiger über Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Nervosität. Übermäßiges Rauchen und Trinken sind eng mit sozioökonomischer und kultureller Benachteiligung verbunden, hier kommt es auch häufiger zu frühen Schädigungen in kritischen Perioden der Schwangerschaft. Insgesamt steht materielle Armut in jungen Jahren im Zusammenhang mit dem Auftreten von Krankheiten im späteren Lebenslauf. Beispielsweise drückt Armut auch auf die kognitive Entwicklung, was wiederum die Bildungschancen einschränkt. Generell stehen Armut, Gesundheit und Bildung in einem sich hochschaukelnden Wechselverhältnis.

So wird deutlich, dass soziale Ungleichheit nicht nur eine Frage von arm und reich (bzw. oben und unten in einer Gesellschaft), sondern auch von drinnen und draußen ist, also eine Frage von Zugehörigkeit und Anerkennung. Das Wechsel-

spiel zwischen Scham und Beschämung ist hier besonders wirksam: Mit subtilen, oft unbewussten Blicken und Worten markieren wir die vermeintliche Unangemessenheit eines Lebensstils - gleiches geschieht durchaus auch zwischen Sozialpädagogen/innen und Adressat/innen.

### 3. Sozialstaat und Gerechtigkeit

„Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun. Die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum: die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die - und nur um die - muss sich Politik kümmern“ (Peer Steinbrück, SPD).

Bis weit in die Sozialdemokratie hinein macht sich seit einigen Jahren ein neues Verständnis von Gerechtigkeit breit: Soziale Gerechtigkeit wird nun in Relation zur individuellen Leistungsfähigkeit gesetzt.

#### Druck auf die Subjekte:

##### From Welfare to Workfare

Seit ca. zehn Jahren erleben wir somit eine aktivierende Sozialpolitik, die den Staat vom Sicherheitsnetz in ein Sprungbrett verwandeln soll. Es heißt, die Sozialleistungen dürften nicht mehr beruhigen, sondern motivieren, eine Wende von der kollektiven Sicherung zur individuellen Autonomie nehmen. Der Staat sorgt nun weniger, er befähigt für den Arbeitsmarkt (employability). Während früher Kaufkraft umverteilt wurde, wird nun Tatkraft gefördert. Folgerichtig verschiebt sich der Schwerpunkt staatlicher Leistungen: weg von materieller Hilfe, hin zu Beratungs- und Schulungsdiensten, d. h. die pädagogische Interventionsform gewinnt Vorrang vor der rechtlichen (Schutz) und der ökonomi-

schen Interventionsform (Transfers). Manche sprechen auch von einer Pädagogisierung von Strukturdefiziten. Daraus entspringt ein Dilemma, sowohl für die Betroffenen als auch für die Case Manager, denn zwischen ihnen wird eine Augenhöhe suggeriert, die nicht existiert: Der Leistungsempfänger gilt nun nicht mehr als Bittsteller auf dem Amt, sondern als Kunde einer Agentur. Bewirkt dies eine Rückbesinnung auf die Freiheit der Person, oder ruft es neue Selbsttechnologien hervor? Wie auch immer, hochwahrscheinlich ist jedenfalls das Scheitern der individuellen Bemühungen, allein schon deshalb, weil die Zahl der freien Arbeitsplätze seit Jahren deutlich unter der Zahl der Arbeitssuchenden liegt. Wir haben es also nicht mit einem Problem mangelnder Qualifikationen oder ein Dilemma der Sorte zur-falschen-Zeit-am-falschen-Ort (matching problem) zu tun. Dennoch soll die Motivation der Arbeitssuchenden = Sozialleistungsempfänger aufrechterhalten werden (unbehelligt bleibt allein eine unvermittelbare heterogene Restgruppe aus Süchtigen, Kranken, Analphabeten und bestimmten Migrantengruppen). Dieser Widerspruch ist kommunikativ nicht auflösbar. Aber auch der Staat verschärft mit diesem Wandel seine - im Kapitalismus ohnehin gegebenen - Legitimationsprobleme: Sein Dilemma besteht in dem impliziten Versprechen, die Qualifikationsmängel der Arbeitssuchenden im Sinne des (als funktionierend angesehenen) Marktes irgendwie zu beheben - bei der gleichzeitigen Annahme, der Arbeitsmarkt würde schon mehr Nachfrage entwickeln, wenn ihn nur genug neu qualifizierte beträten. Dieses Versprechen ist strukturell uneinlösbar.

Der Sozialstaat greift also mehr denn je in die Gestaltung von individuellen Lebenslagen ein, er will Verhaltensänderungen herbeiführen. Damit transportiert das neue Konzept die Unterstellung, dass Leistungsempfänger sehr wohl arbeiten

könnten, dies aber genau deshalb nicht täten, weil sie in ihrem Leben mit staatlicher Unterstützung gefangen seien. Jener Logik folgend führt die Verweigerung der Kooperation im Case Management zu Leistungskürzungen; die Case Manager bekommen eine große Entscheidungsmacht - ‚Sei gehorsam, und Du wirst unterstützt!‘ -, die nicht selten Unterwerfungsrituale produzieren dürfte. Halten diese Mitwirkungspflichten und Bedingungen für Hilfestellung auch Einzug in die (ambulanten) Erziehungshilfen? Wer sich trotz aller Bemühungen nicht aktivieren lässt, stellt sich im Prinzip außerhalb der Allgemeinheit, nach dem Motto: ‚Wir haben alles versucht, aber er/sie will einfach nicht.‘ Insgesamt gibt es somit in unserer Gesellschaft kaum noch moralisches Recht auf Lohnarbeitsabstinenz. Das neue Sozialstaatsverständnis wechselt vom Prinzip des Statuserhalts (wonach man in Notlagen einen Prozentsatz des selbst Eingezahlten erhielt), hin zum Prinzip der Exklusionsvermeidung (wonach die Höhe des ALG-II-Satz unabhängig von vorherigen Einzahlungen bleibt). Ziel bleibt immer der Wiedereintritt ins Berufsleben und die Wiederherstellung einer damit als autonom angesehenen Lebensführung. Der neue Sozialstaat kümmert sich vorrangig um die ‚deserving poor‘, um diejenigen Armen, die Unterstützung verdienen.

#### ‚Erziehungsunfähig und bildungsfeindlich‘ - die Rede von der ‚Neuen Unterschicht‘

Nicht verdienen staatliche Unterstützungen - gemäß der beschriebenen Logik - diejenigen, die nun häufiger als ‚Neue Unterschicht‘ bezeichnet werden. Bei ihnen wird das Verhalten zur Ursache - nicht zur Folge - ihrer Lebenslage erklärt: Sie säßen den ganzen Tag vor dem Fernseher, rauchten und tranken zu viel, ernährten sich schlecht und vernachlässigten die Kleidung, ihr Erziehungsstil

schwankte zwischen Verhättschelung und Grausamkeit. Die öffentliche Rhetorik (bis hin zu Bild und FAZ, Focus und Spiegel) suggeriert, der Lebensstil sei entscheidend für den Ort in der Gesellschaft und nicht die Klassenlage. Die Lasten von Erklärung und Veränderung werden somit auf die Subjektseite verschoben, Armut wird kulturalisiert. Hinzu kommt die Sichtweise, dass Unterprivilegierung nicht an und für sich ein gesellschaftliches Problem sei, sondern nur dann, wenn Betroffene darin gefangen blieben. Noch einmal: Sozialleistungen machten abhängig und schufen erst das Problem, das sie eigentlich lösen sollten. Mehr noch: Sozialleistungen werden als ungerecht angesehen, erstens weil andere dafür zahlen, und zweitens weil sie die Betroffenen von einer autonomen Lebensführung entwöhnen würden. Deshalb müsse den Menschen etwas zurückgegeben werden, was der alte Sozialstaat ihnen entzogen habe: Aktivität und Autonomie. Die neoliberale These lautet: Geld haben die Armen genug, das Problem sei die kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Empirisch ist das Gegenteil bewiesen: Mehr Geld verbessert die Lebensführung mit Effekten für das Verhalten und die Schulleistungen der Kinder.

#### Alternative: Das Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe

Entgegen der Leistung-für-Leistung-Logik des neuen Sozialstaats wird im Rahmen des ‚Prinzips der gleichberechtigten Teilhabe‘ als sozial gerecht betrachtet, sowohl strukturelle Chancen als auch subjektive Fähigkeiten zu besitzen, eine Lebensweise zu verwirklichen, die das Subjekt selbst als gut ansieht. Weil darin die beiden englischen Worte chances (Chancen) und abilities (Fähigkeiten) stecken, nennt man den Ansatz Capability Approach. Mit anderen Worten: Nicht allein die materielle Verteilung, und auch nicht allein die individuelle Lebensführung,

sondern gleich verteilte Gelegenheiten, um ein Leben zu führen, für das man sich mit guten Gründen entscheiden kann, werden als gerecht angesehen. In diesem Ansatz sind Struktur (Chancen) und Subjekt (Lebensführung) miteinander verwoben.

Eine Politik, die sich ‚sozial gerecht‘ nennen lassen möchte, müsste also für Verwirklichungschancen sorgen. Denn wie anfangs zitiert: Die Pädagogik der Jugendhilfe kann - von Einzelerfolgen abgesehen - nur mit einer rahmenden Sozialpolitik erfolgreich sein. Aber auch umgekehrt gilt: Eine Sozialpolitik, die nicht die pädagogische Kraft der Familie unterstützt, ergänzt, und im Zweifelsfall ersetzt, entzieht sich selbst den Legitimationsboden unter den Füßen.

Mit dieser Alternative soll erneut der nicht-stillstehende Blickrichtungswechsel zwischen Subjekt und Struktur betont werden, denn genau darin liegt m. E. die Professionalität der (Sozial-) Pädagogik: zum einen Gesellschaft und Politik auf Gelegenheitsstrukturen zu überprüfen, zum anderen Subjekte in ihren Lebensentscheidungen zu helfen - sowohl die Adressaten während der Suche nach ihrem subjektiven Konzept vom guten Leben zu unterstützen, als auch die strukturellen Chancen für dessen Verwirklichung einzufordern.

#### Autor



Thomas Coelen, Jg. 1966, Dr. phil, ist Professor für Sozialisierung, Jugendbildung und Lebenslaufforschung am Fachbereich Erziehungswissenschaft-Psychologie der Universität Siegen mit den Themenschwerpunkten Jugendhilfe und Schule, Ganztagsbildung (im internationalen Vergleich), Sozialraumforschung und Demokratiepädagogik.